

**Stellungnahme des Deutschen Industrie- und Handelstages  
zur Diskussion um die  
Neuregelung der Eigenkapitalvorschriften für Kreditinstitute**

*Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht hat im Januar 2001 die zweite Fassung seines Konsultationspapiers zur Neuregelung der Eigenkapitalvorschriften für Kreditinstitute vorgelegt<sup>1</sup>. Der Ausschuss strebt an, die geltenden Eigenkapitalregeln von 1988 grundlegend zu reformieren. Vor dem Hintergrund der Turbulenzen, die das weltweite Finanzsystem Ende der 90er Jahre erlebte, sollen eine angemessenere Erfassung der Risiken im Bankgeschäft ermöglicht und die Solidität des Finanzwesens gefördert werden. Das Basler Konsultationspapier ist auch der Ausgangspunkt jener Überlegungen, die die EU-Kommission zum Thema Neuregelung der Eigenkapitalvorschriften in ihrem zweiten Konsultationspapier vom Februar 2001 niedergelegt hat<sup>2</sup>. Beide Institutionen erbitten Stellungnahmen bis Ende Mai 2001.*

*Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) hatte sich bereits im Februar 2000 mit einer Stellungnahme zu den ersten Konsultationspapieren der beiden Institutionen geäußert, um insbesondere die Belange der kreditnehmenden Wirtschaft in die Diskussion einzubringen. Denn die avisierten Änderungen werden nicht nur die aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen für die Kreditinstitute in Deutschland grundlegend verändern. Mittelbar werden vielmehr davon auch die Geschäftskunden der Kreditinstitute, die kreditnachfragenden Unternehmen, betroffen sein. Die Geschäftskunden der Kreditinstitute sind überwiegend mittelständische Unternehmen. Viele dieser kleinen und mittleren Unternehmen befürchten nachteilige Auswirkungen der angestrebten Neuregelungen auf ihre Finanzierungsbedingungen. Der DIHT nimmt nachfolgend ein weiteres Mal zur Diskussion um die Neuregelung der Eigenkapitalvorschriften Stellung.*

---

<sup>1</sup> Basel Committee on Banking Supervision: „The New Basel Capital Accord. Consultative Document.“ Konsultationspapier. Basel, January 2001.

<sup>2</sup> Europäische Kommission (GD Binnenmarkt): „Zweites Konsultationspapier der Kommissionsdienststellen zur Überarbeitung der Eigenkapitalvorschriften für Kreditinstitute und Wertpapierfirmen.“ Brüssel, Februar 2001.

## I.

Innerhalb der Frist, die der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht wie auch die EU-Kommission für die zweite Konsultationsphase gesetzt haben (Ende Mai), ist eine hinreichend intensive Diskussion der in den Konsultationspapieren vorgeschlagenen neuen Eigenkapitalregeln nicht möglich. Die Gesamtwirkung auf die Eigenkapitalsituation der Kreditinstitute und auf die Kreditkonditionen von deren Geschäftskunden konnte innerhalb der gesetzten Konsultationsfrist nicht hinreichend genau abgeschätzt werden, da das Regelwerk äußerst komplex ist und manche der in den Konsultationspapieren vorgeschlagenen Regeln noch präzisiert werden müssen. Studien über die Auswirkungen der neuen Eigenkapitalregeln auf die Eigenkapitalsituation der Kreditinstitute („Quantitative Impact Studies“) sollen erst vorgelegt werden, nachdem der Konsultationsprozess abgeschlossen ist.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) hatte sich aus diesem Grund – genauso wie die Verbände der Kreditwirtschaft und andere Wirtschaftsorganisationen – frühzeitig für eine Verlängerung der Frist eingesetzt. Da diesem Anliegen nicht entsprochen wurde, setzt sich der DIHT nunmehr dafür ein, dass der Entscheidungsprozess für weitere Stellungnahmen offen und transparent gestaltet wird.

Der DIHT fordert die Entscheidungsträger in Deutschland und der Europäischen Union auf, das neue Regelwerk termingerecht umzusetzen. Sollen die neuen Regeln wie vorgesehen im Jahr 2004 in Kraft treten, ist dazu eine Beschleunigung der Entscheidungsverfahren nötig. Verzögerungen bei der Umsetzung der Eigenkapitalregeln in nationales Recht müssen vermieden werden, da damit Wettbewerbsnachteile für die Kreditwirtschaft in Deutschland und den anderen EU-Ländern einhergehen müssten.

## II.

Beide Konsultationspapiere zielen auf eine stärkere Differenzierung der Eigenkapitalanforderungen der Kreditinstitute in Abhängigkeit von den Risiken der jeweiligen Kreditnehmer. Grundsätzlich wird damit der richtige Weg eingeschlagen. Eine stärkere Risikoorientierung der Eigenkapitalanforderungen dient nicht nur einem höheren Maß an Stabilität des Finanzsystems. Auch führt sie zu einer marktgerechteren Ausgestaltung der Finanzierungskonditionen der Unternehmen und zu einer effizienteren Allokation von Kapital in der Volkswirtschaft. Gleichwohl sieht der DIHT vor allem im Interesse der mittelständischen Wirtschaft im Einzelnen folgenden dringenden Klärungs- und Nachbesserungsbedarf:

- **Den durchschnittlichen Eigenkapitalbedarf der Kreditinstitute nicht erhöhen**

Offiziellen Verlautbarungen zufolge wird nicht angestrebt, mit den neuen Eigenkapitalanforderungen den aufsichtsrechtlich bedingten Eigenkapitalbedarf der Kreditinstitute insgesamt zu erhöhen. Ob dieses Ziel erreicht wird, ist jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt offen. So sind wichtige Parameter in den Konsultationspapieren nicht oder nicht hinreichend präzisiert. Auch sollen Studien („Quantitative Impact

Studies“), die eine erste Abschätzung der – äußerst komplexen – Wirkung der neuen Eigenkapitalregeln auf den Eigenkapitalbedarf der Kreditinstitute vornehmen, erst nach Ablauf der Konsultationsfrist vorgelegt werden.

Vor diesem Hintergrund fordert der DIHT, die Bemessung der relevanten Parameter so vorzunehmen, dass es tatsächlich nicht zu einer Erhöhung des durchschnittlichen aufsichtsrechtlich bedingten Eigenkapitalbedarfs der Kreditinstitute kommt. Eine solche Erhöhung erscheint ohnehin nicht erforderlich, um die beabsichtigte Stabilisierung des Finanzsystems zu erreichen, da mit den neuen Vorschriften eine adäquatere Erfassung und Behandlung von Risiken ermöglicht wird. Der DIHT fordert von den Verantwortlichen, diesbezüglich möglichst frühzeitig eindeutige Signale zu setzen, um aus der Unsicherheit geborene Vorsichtsmaßnahmen der Kreditinstitute zu vermeiden.

- **Unangemessene Benachteiligung längerfristiger Laufzeiten vermeiden**

Aufschläge für längerfristige Kreditlaufzeiten in den vorgesehenen Größenordnungen hält der DIHT für unakzeptabel. Langfristfinanzierungen stellen ein stabilisierendes Element des Finanzsystems dar. Eine Neuregelung der Eigenkapitalanforderungen, die auf ein höheres Maß an Stabilität des Finanzsektors zielt, sollte dies in Rechnung stellen.

- **Doppelbelastung vermeiden**

Die Bemessung der Risikogewichte im internen Ratingansatz sollte auf eine Eigenkapitalunterlegung der Kreditinstitute abzielen, die sich am tatsächlichen Kreditrisiko orientiert. Die vorgesehene Orientierung an den erwarteten Verlusten führt zu überhöhten Risikogewichten, da die Risiken bereits über die in den Zinsen enthaltenen Risikoprämien abgedeckt sind. Mit diesem Ansatz wird eine unangemessene Verteuerung der Kreditkonditionen des Mittelstandes angelegt.

- **„Bankübliche“ Sicherheiten anerkennen**

Die vorgesehene Berücksichtigung von Sicherheiten bei der Ermittlung des regulierungsbedingten Eigenkapitals entspricht grundsätzlich dem Ansatz einer stärkeren Risikoorientierung. Um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, sollte jedoch der Kreis der anerkennungsfähigen Sicherheiten weiter gefasst werden als dies gegenwärtig vorgesehen ist. Sicherheiten, die sich bislang im Kreditgeschäft bewährt haben, sollten grundsätzlich auch im Zusammenhang mit der Bemessung des regulierungsbedingten Eigenkapitalbedarfs Berücksichtigung finden können.

- **Transparenz auf das für Zwecke der Bankenaufsicht Notwendige reduzieren**

Die – im Rahmen der dritten Säule – angestrebten strengeren Publizitätspflichten sollten nicht weiter gehen, als es das Anliegen der Neuregelung der Eigenkapitalanforderungen erfordert, nämlich zu einer Stabilisierung des Finanzsystems beizutragen. Hierzu ist es ausreichend sicher zu stellen, dass die Aufsichtsbehörde die relevanten Informationen erhält und sie schnell reagieren kann. So sollten zum ei-

nen die Veröffentlichungspflichten der Kreditinstitute nicht soweit gefasst werden, dass vertrauliche Informationen über Geschäftskunden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Zum anderen lassen sich Schieflagen einzelner Kreditinstitute möglicherweise besser beseitigen, wenn „schlechte Nachrichten“ nicht unmittelbar einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden; denn dadurch können negative Kettenreaktionen ausgelöst werden.

### III.

Einige der in den Konsultationspapieren avisierten Neuregelungen hält der DIHT für besonders wichtig, um im Zuge der Neugestaltung der Eigenkapitalregeln unangemessene Nachteile für die deutsche Kreditwirtschaft und deren Firmenkunden zu vermeiden. Der DIHT setzt sich nachdrücklich dafür ein, dass auch im weiteren Verhandlungsverlauf an folgenden Vorschlägen für das neue Regelwerk festgehalten wird:

- **Gleichwertige Berücksichtigung interner und externer Ratings vermeidet Wettbewerbsverzerrung**

Der DIHT begrüßt, dass die von deutscher Seite – so auch vom DIHT – im Verlaufe der ersten Konsultationsphase eingebrachte Forderung, nach einer gleichwertigen Berücksichtigung von Ratings externer Agenturen mit internen Ratings durch die Kreditinstitute aufgegriffen worden ist. Im Sinne einer wettbewerbsneutralen Neuregelungen der aufsichtsrechtlichen Bestimmungen ist dies unverzichtbar.

- **Regelungen bezüglich der Behandlung gewerblicher Realkredite berücksichtigt bewährte Strukturen**

Als weiteren wichtigen Erfolg der ersten Konsultationsphase bewertet der DIHT, dass im Rahmen des Standardansatzes Grundpfandrechte unter bestimmten Umständen auch künftig zu 50% angerechnet werden.

- **Privatkundenportfolios entlasten kleine Unternehmen**

Die Bündelung von Krediten an kleine Unternehmen und Freiberufler zu Privatkundenportfolios ist geeignet, den aufsichtsrechtlich bedingten Aufwand für Kredite an diese Kunden zu reduzieren. Solche Privatkundenportfolios erlauben eine Minderung des Gesamtrisikos durch Diversifikation. Entsprechend gering dürften die Eigenkapitalanforderungen für derartige Portfolios ausfallen, was Spielraum für günstigere Kreditkonditionen der Kleinunternehmer schafft.

### IV.

Insgesamt sollten die neuen Regelungen möglichst einfach gehalten werden, um den regulierungsbedingten Aufwand bei allen Beteiligten nicht unangemessen ansteigen zu lassen. Ein Übermaß an Regulierung und deren Kontrolle durch eine Aufsichtsbehörde, die entsprechend überdimensioniert sein müsste, wären mit einem marktwirtschaftlich organisierten Finanzsystem nicht vereinbar. Zudem wäre eine damit einhergehende Verteuerung der Kreditfinanzierung des Mittelstandes nicht akzeptabel.

- **Komplexes, intransparentes Regulierungsdickicht vermeiden**

Insbesondere ist sicher zu stellen, dass die neuen Regelungen einfach genug gestaltet werden, damit sie auch von kleineren Kreditinstituten umgesetzt werden können. Andernfalls drohte eine erhebliche Verschlechterung der Wettbewerbsbedingungen für die Kunden dieser Kreditinstitute – und das sind in der Regel kleinere und mittlere Unternehmen.

- **Behördlichen Ermessensspielraum begrenzen**

Zudem sind die Ermessensspielräume der nationalen Aufsichtsbehörden möglichst gering zu halten. Dazu bedarf eines transparenten und justiziablen Verfahrens auf der Grundlage eindeutiger und nachvollziehbarer Prüfkriterien.

## V.

Die Einführung der neuen Eigenkapitalregeln beschleunigt den Wandel im Bereich der Unternehmensfinanzierung. Darauf muss sich insbesondere der Mittelstand mit seiner Finanzierungsstrategie einstellen. Den Anpassungsprozess sollte die Wirtschaftspolitik unterstützen, indem sie die Einführung der neuen Eigenkapitalregeln durch Maßnahmen in den folgenden Bereichen flankiert:

- **Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen für Existenzgründer kompensieren**

Die risikoorientierte Eigenkapitalunterlegung von Krediten dürfte in vielen Fällen die Kreditkonditionen von Existenzgründern verschlechtern, da die Gründung eines Unternehmens naturgemäß mit vergleichsweise hohen Risiken einhergeht und vergangenheitsbezogene Informationen für die Bonitätseinschätzung nicht verfügbar sind. Vor diesem Hintergrund wird es zu einer wichtigen Aufgabe der Wirtschaftspolitik, der Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen in diesem Bereich durch flankierende Maßnahmen entgegen zu wirken. Insbesondere ist zu prüfen, auf welche Weise die Bedingungen für Wagnisfinanzierungen optimiert werden können. Neben Beteiligungsfonds geht es dabei auch um Finanzierungsformen wie etwa das Engagement von „Business Angels“.

- **Eigenkapitalausstattung des Mittelstandes verbessern**

Mittelständische Unternehmen in Deutschland, die sich erfolgreich auf ihren Märkten behaupten, verfügen gleichwohl über eine im internationalen Vergleich dünne Eigenkapitaldecke. Um eine darin begründete Verschlechterung ihrer Finanzierungsbedingungen unter den Bedingungen von Basel II zu vermeiden, sind Maßnahmen zur stärkeren Eigenkapitalbildung erforderlich:

1. Das steuerliche Umfeld muss die Eigenkapitalbildung erleichtern, insbesondere bedarf es einer Absenkung des Spitzensatzes der Einkommensteuer.
2. Desweiteren ist zu prüfen, auf welche Weise ein stärkerer Zufluss von Sparkapital zur Eigenkapitalbildung befördert werden kann. Ein möglicher Ansatz wäre

es, Investmentfonds die Beteiligung an mittelständischen Unternehmen zu erleichtern. Auf diese Weise würden die Voraussetzungen geschaffen, dass Sparkapital, das im Rahmen der neuen privaten Säule der Altersvorsorge gebildet wird, in die Mittelstandsfinanzierung fließen kann.

- **Verbriefung von Krediten fördern**

Nach den neuen Eigenkapitalregeln kann der Eigenkapitalbedarf der Kreditinstitute künftig vermindert werden, indem Kreditforderungen verbrieft und an Märkten veräußert werden. Vor diesem Hintergrund unterstützt der DIHT die Aktivitäten der Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Förderung solcher Entwicklungen im Bereich des mittelständischen Firmenkreditgeschäfts.

\*\*\*